Chronologie der Europäischen Integration 1983

Januar

Ministerrat

1. Januar: Der Ratsvorsitz geht von Dänemark an Deutschland über.

Japan

3. Januar: Die Kommission und Japans Außenminister Shintaro Abe einigen sich in Brüssel darauf, vierstufige Verhandlungen über die beiderseitigen Handelsprobleme zu führen.

4. Januar: Der Außenwirtschaftsausschuß des Europäischen Parlaments nimmt einen Bericht des italienischen Christdemokraten Renzo Filippi zur Situation der EG-Automobilindustrie an, aus dem hervorgeht, daß die EG eine gemeinsame Handelspolitik in diesem Bereich betreiben und gegenüber Japan mit mehr Nachruck auf Gegenseitigkeit bestehen muß.

Sozialpolitik

6. Januar: Die Kommission führt Gespräche mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund über die Förderung der Beschäftigung der Jugendlichen.

Mexiko

6./7. Januar: Der Präsident der Kommission, Gaston Thorn, stattet Mexiko einen offiziellen Besuch ab.

Kongo

7. Januar: Planungsminister Moussa und der Minister für öffentliche Arbeiten und Bauwesen Moundele-Ngolo aus der Volksrepublik Kongo statten der Kommission einen Besuch ab.

Griechenland/Währungspolitik

9. Januar: Griechenland wertet die Drachme gegenüber den Währungen des Europäischen Währungssystems (EWS) um 15,5 % ab.

10. Januar: Die Kommission reagiert verärgert auf die Abwertung der Drachme durch Griechenland, da sie vorher nicht konsultiert wurde. Sie erinnert daran, daß die EG-Mitgliedstaaten nach Art. 107 EWG-Vertrag die Wechselkurspolitik als Angelegenheit von gemeinsamem Interesse betrachten müssen.

Binnenmarkt

10. Januar: Im Rahmen ihrer Gesamtaktion zur Stärkung des Binnenmarktes übermittelt die Kommission dem Rat einen Vorschlag für eine Verordnung zur Vereinheitlichung und Vereinfachung der Statistik des Handels zwischen den EG-Mitgliedstaaten.

Europäisches Parlament

10. – 14. Januar: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Die Tagung steht im Zeichen von Erörterungen und Entschließungen zur internationalen Politik. Der deutsche Außenminister und amtierende Ratspräsident Hans-Dietrich Genscher legt das Programm der deutschen Präsidentschaft vor. Außerdem werden Fragen zum Binnenmarkt, zum Haushalt, zur Politischen Zusammenarbeit und Sicherheit Europas, zur Lage im Nahen Osten und zur Krise in der Automobilindustrie erörtert.

Agrarpolitik

11. Januar: In Washington beginnen Agrargespräche zwischen der EG und den USA.

Soforthilfe Italien

12. Januar: Die Kommission beschließt eine Soforthilfe für die vom Erdrutsch am 14. Dezember 1982 betroffene Bevölkerung von Ankorra (Italien) in Höhe von 300 000 ECU.

Norwegen

13. Januar: Ratspräsident Hans-Dietrich Gen-

scher bespricht mit seinem norwegischen Kollegen Sven Stray die europapolitischen Ziele der deutschen Präsidentschaft.

Entwicklungspolitik

14. Januar: Der amtierende Ratspräsident, der deutsche Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, empfängt das Kommissionsmitglied Edgard Pisani zu einem Gespräch über die europäische Entwicklungspolitik.

Griechenland

17. Januar: Der Rat verlängert auf Vorschlag der Kommission und nach Stellungnahme des EP die Frist für Übergangsmaßnahmen Griechenlands bei der Anwendung der gemeinsamen Marktorganisation bis zum 31. Dezember 1983.

Agrarpolitik

17./18. Januar: Der Rat der Landwirtschaftsminister erörtert die Vorschläge der Kommission über die Festsetzung der Agrarpreise und die flankierenden Maßnahmen für das Wirtschaftsjahr 1983/84.

Haushaltspolitik

19.Januar: Die Kommission übergibt dem Haushaltsausschuß des EP den vorläufigen Entwurf des Berichtigungs- und Nachtragshaushalts für 1983, in dem der Wunsch des EP eingearbeitet wurde, eine abschließende Lösung bezüglich der Beitragserstattungen an die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien zu finden.

Tunesien

19. – 21. Januar: Vertreter der Kommission und der Europäischen Investitionsbank halten sich zu einem gemeinsamen Besuch in Tunesien auf.

Brasilien

20. Januar: Der brasilianische Minister für Handel und Industrie, Camilo Penna, stattet der Kommission einen Besuch ab und führt Gespräche mit den Kommissaren Wilhelm Haferkamp, Étienne Davignon und Poul Dalsager.

Japan

20./21. Januar: Das zweite Symposium ‚Japan – EG', zu dem Vertreter der Wirtschaft und Mitglieder der Regierungen in Brüssel zusammentreffen, ist gekennzeichnet von Hoffnungen auf ausgewogenere Handelsbeziehungen und eine stärkere Zusammenarbeit der Industrie.

Europäisches Jahr der Klein- und Mittelbetriebe

20./21. Januar: Mit einer Konferenz in Brüssel, die in Zusammenarbeit von Kommission, Europäischem Parlament und Wirtschafts- und Sozialausschuß vorbereitet wurde, wird offiziell das Europäische Jahr der Klein- und Mittelbetriebe eröffnet.

Verkehrspolitik

22. Januar: Das Europäische Parlament verklagt den Ministerrat wegen Untätigkeit in der Verkehrspolitik vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg.

Allgemeine Angelegenheiten, EPZ

24./25. Januar: Der Rat der Außenminister befaßt sich mit den neuen Vorschlägen der Kommission in der Frage der Ausgleichszahlungen an die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien. Durch die Ablehnung Großbritanniens scheitert die Festlegung eines einheitlichen Wahlverfahrens für die nächste Direktwahl des Europäischen Parlaments. Weitere Beratungsthemen sind die Vorbereitung der UNCTAD-Konferenz, die Beitrittsverhandlungen mit Portugal und Spanien, die Wirtschaftsbeziehungen zu Japan und die Stahlkrise.

Am Rande der Ratstagung findet das zweite Treffen der zehn Außenminister mit dem erweiterten Präsidium des EP statt. Die Teilnehmer kommen überein, die deutsch-italienische Initiative zur Fortentwicklung der Gemeinschaft zur Europäischen Union verstärkt miteinander zu beraten. Außerdem werden im Rahmen der EPZ sicherheitspolitische Aspekte der Ost-West-Beziehungen, der Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko in Bonn und der Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Bush in Europa erörtert.

Europarat

24. – 28. Januar: Die Parlamentarische Versammlung tagt in Straßburg. Der Präsident des Ministerkomitees, der belgische Außenminister Leo Tindemans, legt seinen Tätigkeitsbericht vor und fordert eine größere Beteiligung der europäischen Institutionen bei der Lösung der weltweiten Probleme. Die Versammlung fordert die

türkische Regierung auf, bis zur Wiederherstellung der Demokratie auf ihr Stimmrecht im Ministerkomitee des Europarates zu verzichten.

Fischereipolitik

25. Januar: Der Ministerrat für Fischereifragen einigt sich nach sechsjährigen Verhandlungen auf eine gemeinsame Fischereipolitik, wonach u.a. binnen sechs Monaten spezifische Gemeinschaftsmaßnahmen zur Anpassung der Schiffskapazitäten und zur Verbesserung der Produktivität in der Fischerei und in der Aquakultur in Kraft treten. Außerdem legt der Rat den Anteil der für die Gemeinschaft verfügbaren Gesamtfangmenge (TAC) und die nationalen Fangquoten fest.

Japan

25. – 28. Januar: In Tokio finden auf hoher Ebene die halbjährlichen Konsultationen zwischen der EWG und Japan statt. Es werden Wirtschaftsfragen, multilaterale und bilaterale Handelsprobleme und aktuelle internationale Probleme diskutiert.

Haushaltspolitik

26. Januar: Der Ministerrat für Haushaltsfragen beschließt einen Vorentwurf des Berichtigungs- und Nachtragshaushaltes für 1983.

Europarat

26. Januar: Der deutsche Bundespräsident Karl Carstens besucht den Europarat, den Europäischen Gerichtshof und die Europäische Kommission für Menschenrechte in Straßburg.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

26./27. Januar: Der Wirtschafts- und Sozialausschuß legt auf seiner 204. Plenartagung u.a. eine Stellungnahme über die neuen Informationstechnologien und die Berufsbildung vor.

Jordanien

27. Januar: König Hussein von Jordanien trifft mit dem Präsidenten der Kommission, Gaston Thorn, zusammen und unterrichtet ihn über die Lage im Mittleren Osten.

Umweltschutzpolitik

27. – 29. Januar: Auf einer von der Kommission in Zusammenarbeit mit zahlreichen Umweltorganisationen veranstalteten internationalen Konferenz in Brüssel erörtern Experten das neue Seerecht und europäische Umweltprobleme.

31. Januar: In Genf findet die 8. bilaterale Sitzung zwischen der Kommission und der Schweiz für Zusammenarbeit im Umweltschutz statt.

Entwicklungspolitik

31. Januar: Die Kommission übermittelt dem Rat einen Vorschlag für eine Verordnung über die Durchführung des Sonderprogramms zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.

Februar

Binnenmarkt

1. Februar: Der Ministerrat befaßt sich zur Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes u.a. mit der Vereinfachung der Formalitäten im innergemeinschaftlichen Warenverkehr.

USA

3. Februar: Der Präsident der Kommission, Gaston Thorn, und der Vizepräsident der USA, Georg Bush, äußern auf einem Arbeitsgespräch in Brüssel die politische Bereitschaft, die handelspolitischen Spannungen zwischen der EG und den USA abzubauen.

Grönland

3. Februar: Die Kommission übermittelt dem Rat eine Stellungnahme zu einer Änderung des Status Grönlands in seiner Beziehung zur Europäischen Gemeinschaft. In ihr wird vorgeschlagen, dem EWG-Vertrag ein geeignetes Protokoll beizufügen, durch das Grönland in die Reihe der im Anhang IV zum EWG-Vertrag genannten überseeischen Länder und Gebiete aufgenommen wird und das den Besonderheiten Grönlands Rechnung trägt.

Haushaltspolitik

4. Februar: Die Kommission leitet dem Rat und dem EP ein Programm für die künftige Finanzierung der EG zu, in dem sie mehrere Modelle zur künftigen Einnahmengestaltung der EG unterbreitet.

Soforthilfe für Ghanaer

4. Februar: Die Kommission gewährt den aus Nigeria ausgewiesenen Ghanaern eine Soforthilfe von rund 12 Millionen DM.

Rechnungshof

7. Februar: Der Rat ernennt Keld Brixtofte als Nachfolger des zurückgetretenen Arne K. Jojansen zum Mitglied des Rechnungshofes für die Zeit vom 18. 4. 1983 bis zum 17. 10. 1987.

Wirtschaft und Finanzen

7. Februar: Neben einem Meinungsaustausch über die jüngste wirtschaftliche Entwicklung, erarbeitet der Rat für Wirtschaft und Finanzen ein gemeinsames Orientierungspapier über das Neue Gemeinschaftsinstrument (NG/III), das dem EP im Rahmen des Konzertierungsverfahrens zur Kenntnis gebracht werden soll.

Agrarpolitik

7./8. Februar: Der Rat der Landwirtschaftsminister nimmt in Brüssel die Beratungen über die Anpassung des gemeinschaftlichen Besitzstandes und über eine Verordnung für einen besseren Schutz der Industrie bestimmter Getreide- und Reiserzeugnisse wieder auf.

Europäisches Parlament

7. – 11. Februar: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Mit großer Mehrheit verabschiedet das EP den Nachtragshaushalt 1983 mit dem Zusatz, daß bis Ende 1983 eine langfristige Lösung in der Frage der Rückerstattung an Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland gefunden werden muß. Der amtierende Ratspräsident, der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl, bekräftigt gegenüber dem EP die Absicht der deutschen Ratspräsidentschaft, im Jahr 1983 die Europäische Akte zum Abschluß zu bringen. Der Präsident der Kommission, Gaston Thorn, fordert vor dem EP ultimativ ein Gemeinschaftsprogramm zur Überwindung von Arbeitslosigkeit und industriellem Niedergang. Außerdem spricht sich die Kommission für die Erweiterung der Finanzierungsquellen der Gemeinschaft und für die Anwendung des Mehrheitsprinzips bei Ministerratsbeschlüssen aus. In einer Entschließung verurteilt das EP die Apartheidspolitik in Südafrika und die Ausweisungen von Ausländern aus Nigeria und bringt seine Zufriedenheit über die Aufnahme von Angola und Mozambique in das Lomé II-Abkommen zum Ausdruck.

Forschungspolitik

8. Februar: Der Rat der Forschungsminister erörtert das Rahmenprogramm für 1984 – 1987 über die wissenschaftlich-technologische Strategie der Gemeinschaft. Es finden eine erste Orientierungsdebatte über das Fast II-Programm und Beratungen über das Projekt Super-Sara statt.

Verkehrspolitik

9. Februar: Die Kommission leitet dem Ministerrat eine Mitteilung zu, die Fortschritte auf dem Wege zu einer gemeinsamen Verkehrspolitik – Binnenverkehr – fordert, aber auch dem Vorgehen des Parlaments Nachdruck geben soll, das am 22. Januar den Rat wegen verkehrspolitischer Untätigkeit beim Europäischen Gerichtshof verklagt hat.

Agrarpolitik

10. Februar: Bei den Agrargesprächen EG-USA gibt die amerikanische Delegation zu verstehen, ihr Land wolle mit subventionierten Agrarexporten weitere traditionelle EG-Absatzmärkte erobern.

Gerichtshof

10. Februar: Der Europäische Gerichtshof erläßt sein Urteil in der Streitsache Großherzogtum Luxemburg gegen Europäisches Parlament, bei dem es um die Arbeitsorte des EP ging. Das EP hatte im Juli 1981 – unter Anerkennung des Rechts der Mitgliedstaaten, den Sitz der Gemeinschaftsorgane zu bestimmen – beschlossen, daß seine Plenartagungen in Straßburg, die Sitzungen seiner Ausschüsse und Fraktionen in der Regel aber in Brüssel stattfinden. Luxemburg erhob hiergegen Klage. Der Europäische Gerichtshof gibt dem EP recht, erklärt aber, daß das Sekretariat in Luxemburg bleiben müsse.

Sozialpolitik

11. Februar: 6000 Mitglieder aus 19 Staaten fordern auf einer Kundgebung des Europäischen Gewerkschaftsbundes in Brüssel die Regierungen zu wirkungsvolleren Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit auf.

Japan

13. Februar: Zum Abschluß ihrer sechstägigen Verhandlungen in Tokio erklären die Vizepräsidenten der Kommission, Wilhelm Haferkamp und Étienne Davignon, vor der Presse, die Handelsgespräche EG – Japan hätten zu einer An-

näherung geführt. Die japanische Seite sagte u.a. zu, für einen Zeitraum von drei Jahren ihre Videorecorder-Lieferungen in die EG zu begrenzen.

Kanada/Norwegen

15. Februar: Die Kommission schlägt dem Ministerrat vor, an einem Einfuhrverbot von Robbenfellen festzuhalten, obwohl die EG-Verhandlungen mit Norwegen und Kanada im Januar ohne Ergebnisse geblieben waren.

Gerichtshof

16. Februar: Die Vertreter der Regierungen der EG-Mitgliedstaaten ernennen Konstantinos Kakouris anstelle des 1982 verstorbenen Alexander Chloros zum Richter am Gerichtshof.

Kommission

16. Februar: Die Kommission ernennt Massimo Russo zum Generaldirektor für Wirtschaft und Finanzen. Er tritt die Nachfolge von Tommaso Padoa-Schioppa an, der aus dem Dienst der Kommission ausgeschieden ist.

Handelspolitik

17. Februar: Die Kommission schlägt dem Ministerrat ein handelspolitisches Instrumentarium vor, das der EG die Möglichkeit gibt, auf unfaire Handelspraktiken von Drittländern wirkungsvoller zu reagieren.

Wirtschaftspolitik

18. Februar: Der Beratende Ausschuß EGKS tritt in Luxemburg zu einer Vollversammlung zusammen und befaßt sich u.a. mit der Prüfung der Allgemeinen Ziele Stahl 1985.

Allgemeine Angelegenheiten

21./22. Februar: Der Rat der Außenminister schlägt dem EP die Zeit zwischen dem 17. und 20. Mai 1984 als Termin für die zweite Direktwahl vor. Es kommt keine Einigung über einen gemeinsamen Wahlmodus zustande. Die Minister fordern die Kommission auf, einen Bericht über die Handelsbeziehungen zwischen der EG und Japan vorzulegen. Außerdem findet eine erste Grundsatzdebatte zum Grönland-Status statt und der Rat bringt seine Besorgnis über die jüngsten Meinungsverschiedenheiten mit den USA im Agrarbereich zum Ausdruck.

Sozialpolitik

21./22. Februar: Auf einem informellen Treffen in Bonn sprechen die EG-Arbeits- und Sozialminister über Arbeitszeitverkürzungen und den Einsatz des Europäischen Sozialfonds bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Grönland

22. Februar: Die Kommission befürwortet in einer Mitteilung an den Rat die Änderung des EG-Status von Grönland, nachdem sich im Februar 1982 66 % der dortigen Bevölkerung für einen Austritt ausgesprochen hatten.

Verkehrspolitik

23. Februar: Der Rat der Verkehrsminister berät auf einer Sondersitzung in Brüssel ‚pragmatische Grundsätze' für eine Weiterentwicklung der seit Jahren ins Stocken geratenen EG-Verkehrspolitik.

Binnenmarkt

23. Februar: In einem Bericht an den Rat zeigt sich die Kommission besorgt über das Zunehmen protektionistischer Verhaltensweisen im EG-Binnenhandel.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

23./24. Februar: Auf seiner 205. Plenarsitzung spricht sich der WSA in einer Stellungnahme erstmals gegen die Agrarpreisvorschläge der Kommission aus. Er befürwortet die Festlegung neuer Leitlinien für die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den AKP-Staaten und der Gemeinschaft.

Griechenland

24. Februar: Die Kommission genehmigt auf Antrag der Athener Regierung die Erweiterung griechischer Import-Schutzmaßnahmen.

Schweden

24. Februar: Der schwedische Ministerpräsident Olof Palme stattet der Kommission einen Besuch ab. Die Beratungsthemen sind u.a. die Beziehungen der EG zu Schweden und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EFTA und der EG.

Umweltschutzpolitik

28. Februar: Der Ministerrat für Umweltschutz-

fragen beschließt, daß Jungrobbenfelle ab dem 1. 10. nicht mehr in die EG eingeführt werden dürfen. Dieses Einfuhrverbot gilt für zwei Jahre. Bis Oktober 1983 haben die Mitgliedstaaten freie Hand, ein Verbot zu verhängen oder nicht. Außerdem wurden Maßnahmen zur Bekämpfung des ‚Sauren Regens' und des Waldsterbens erörtert.

März

EPZ

1. März: Die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten treffen sich im Rahmen der EPZ in Bonn. Der Ratspräsident, Hans-Dietrich Genscher, bekräftigt den Willen der Zehn, den konstruktiven Dialog mit dem Osten fortzusetzen. Die Prager Deklaration der Warschauer Pakt-Staaten und der Verlauf des Madrider KSZE-Folgetreffens gäben Grund zur Hoffnung. In den Beziehungen mit Japan fordert der Rat regelmäßige Konsultationen über internationale Fragen. Außerdem wird die Genscher-Colombo-Initiative zu einer Europäischen Akte beraten.

Binnenmarkt

4. März: Der Ministerrat einigt sich in der Frage des Informationsverfahrens auf dem Gebiet der Industrienormen und technischen Vorschriften. Keine Einigung wird über ein einheitliches Dokument für den grenzüberschreitenden Binnenverkehr und bei der Vereinfachung der Grenzabfertigung innerhalb der Gemeinschaft erzielt.

Entwicklungspolitik

4. März: Bei einem informellen Treffen der Entwicklungshilfe-Minister in Bonn, werden u.a. die anstehenden Neuverhandlungen zum Lomé-Abkommen und die Sicherung der Nahrungsmittelzufuhr in die Dritte Welt erörtert.

Kanada

4. März: Kanada reagiert mit einer Beschränkung der Fangrechte für EG-Fischer in seinen Hoheitsgewässern auf das EG-Importverbot für Robbenfelle.

Energiepolitik

7. März: US-Präsident Reagan teilt dem Kongreß mit, daß das vor drei Jahren mit Euratom geschlossene Abkommen über die Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen um ein Jahr verlängert wird.

Europäisches Parlament

7. – 11. März: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Der amtierende Ratspräsident Hans-Dietrich Genscher erklärt vor dem EP, daß die Hilfe der EG für die Türkei für weitere Monate eingefroren bleibe. Das EP fordert u.a. den Ausbau der politischen Beziehungen mit Jugoslawien und verlangt eine Erhöhung der Agrarpreise für das Wirtschaftsjahr 1983/84 um mindestens 7 %. Es verabschiedet die Leitlinien für eine gemeinschaftliche Haushaltspolitik 1984. Außerdem fordert das EP von der Kommission Maßnahmen gegen die aggressive Agrarexportpolitik der USA auf traditionellen EG-Absatzmärkten und stellt fest, daß die Gemeinschaft eine „dynamischere Exportpolitik" betreiben müsse.

Agrarpolitik

8./9. März: Der Rat der Landwirtschaftsminister erzielt keine Einigung bezüglich der Einsparungen im Agrarsektor und der Beitrittsverhandlungen mit Spanien im Agrarbereich.

Umweltschutzpolitik

10. März: Der Präsident der Kommission, Gaston Thorn, fordert bei einem Informationsbesuch in Bad Peterstal/Schwarzwald schnelle Maßnahmen gegen das fortschreitende Waldsterben.
10. März: Der Rat der Forschungsminister beschließt in Brüssel das Projekt Reaktorsicherheit (Super-Sara), das im gemeinsamen Forschungszentrum Ispra (Italien) nach dem Reaktorunfall von Three Miles Island (USA) gestartet wurde, nicht weiterzuführen. Außerdem nimmt er neue Richtlinien für die gemeinsame Forschungsstelle an und legt den finanziellen Rahmen für gemeinsame Forschungsprojekte fest.

Bundesrepublik Deutschland

11. März: Der Präsident der Kommission, Gaston Thorn, ist zu einem Informationsgespräch bei Bundeskanzler Helmut Kohl in Bonn.

Allgemeine Angelegenheiten, EPZ

14. März: Der Rat der Außenminister einigt sich in Brüssel über die Ausgleichszahlungen für Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland. Danach werden die beiden einzigen ‚Nettozahler' einen Teil ihrer Beiträge aus

dem Nachtragshaushalt 1982 zurückerhalten (Großbritannien rund 2 Mrd. DM, BRD rund 500 Mio. DM). Außerdem befassen sich die Minister mit der Vorlage der Kommission zur künftigen Finanzierung der Gemeinschaft und bereiten die Tagung des Europäischen Rates Ende März vor. Im Rahmen der EPZ wird die Entwicklung des Madrider KSZE-Folgetreffens erörtert und die Forderung nach einem substantiellen Dokument für dessen Abschluß aufgestellt.

Sozialpolitik

14. März: In einer Mitteilung an den Rat spricht sich die Kommission für eine Neugestaltung der Arbeitszeit in der EG aus.

Verbraucherschutz

14. März: Zum ‚Tag des Verbrauchers' kritisiert der Vorsitzende des Europäischen Verbraucherbüros (BEUC), Tony Venallis, das Fehlen von EG-Initiativen in Sachen Verbraucherschutz.

ANDEN-Pakt

14./15. März: In Lima werden Gespräche zwischen der EG und dem Anden-Pakt (Bolivien, Ecuador, Kolumbien und Venezuela) über ein Rahmenabkommen zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit geführt.

Agrarpolitik

14./15. März: Der Rat der Landwirtschaftsminister setzt die Preise für verschiedene landwirtschaftliche Erzeugnisse fest und beschließt flankierende Maßnahmen.

Binnenmarkt

16. März: Die Kommission unterbreitet dem Rat zwei Richtlinienentwürfe über den Verkauf zoll- und steuerpflichtiger Waren in Duty-free-Shops.

Umweltschutzpolitik

16. März: Die erste gesamteuropäische Konvention über Umweltschutz tritt in Kraft.

Europäisches Währungssystem

19./20. März: Der Rat der Finanzminister einigt sich in Brüssel über die 7. Anpassung der Leitkurse im EWS. Sie bringt vor allem eine Aufwertung der DMark um 5,5 % und eine Abwertung des französischen Franc und der iatlienischen Lira um 2,5 %.

Europäischer Rat

21. – 23. März: Auf der Tagung des Europäischen Rates in Brüssel betont der Ratspräsident und deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl die Notwendigkeit EG-weiter Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit und für die Aufrechterhaltung eines freien Binnenmarktes. Die Abschlußerklärung der Sitzung geht u.a. auf die wirtschaftliche und soziale Lage der Gemeinschaft, die Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels, die Erweiterung der EG um Portugal und Spanien, die finanziellen Ressourcen der EG, die Lage im Nahen Osten und die Europäische Akte ein.

Dänemark

23. März: Dänemark hebt als bisher einziger Staat die in der Folge der Polen-Ereignisse beschlossenen Handelssanktionen gegen die UdSSR auf.

Entwicklungspolitik

23. März: Die Kommission nimmt die Vorschläge Kommissar Edgard Pisanis zur Bekämpfung des Hungers in der Welt an.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

23./24. März: Auf seiner 206. Plenarsitzung verabschiedet der Ausschuß eine ergänzende Stellungnahme zu den Vorschlägen der Kommission über die Agrarpreise und flankierende Maßnahmen, außerdem eine Stellungnahme zur Überprüfung des Europäischen Sozialfonds und seiner Aufgaben.

Bildungspolitik

23. – 25. März: Mit einer von der Kommission organisierten Konferenz in Luxemburg zum Thema ‚Schule und Familie', an der Vertreter von Elternverbänden, Lehrervereinigungen und Familienverbänden teilnehmen, soll ein Beitrag zur Angleichung der Schulsysteme in den EG-Ländern geleistet werden.

ASEAN

24./25. März: Zum Abschluß der 4. Außenminister-Konferenz EG – ASEAN in Bangkok erklärt der amtierende Ratspräsident, Hans-Dietrich Genscher, die EG trete für einen noch rege-

ren interregionalen Handelsaustausch und für verstärkte europäische Direkt-Investitionen in den ASEAN-Staaten ein.

Wirtschaftspolitik

25. März: Der Beratende Ausschuß EGKS prüft auf seiner Tagung in Luxemburg das Vorausschätzungsprogramm Stahl für das 2. Quartal 1983 und befürwortet den Bericht über den Kohlemarkt im Jahr 1982 und die Aussichten für 1983.

Südkorea

28. März: Der Vizepräsident der Kommission, Wilhelm Haferkamp, vereinbart bei einem Besuch in Seoul regelmäßige Wirtschaftskonsultationen zwischen der EG und Südkorea.

Agrarpolitik

28. März: Der Rat der Landwirtschaftsminister vertagt seine Entscheidung zur Frage der Preisregelung für verschiedene landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie flankierende Maßnahmen. Außerdem wird das Wirtschaftsjahr für bestimmte Agrarprodukte verlängert. Der deutsche Landwirtschaftsminister, Josef Ertl, nimmt nach 14-jähriger Amtszeit zum letzten Mal an einer Sitzung des Agrarministerrats teil.

Griechenland

29. März: Als Antwort auf das griechische Memorandum vom 19. 3. 1982 schlägt die Kommission Hilfsmaßnahmen für Griechenland im Wirtschafts- und Sozialbereich vor.

April

Agrarpolitik

6. April: Der neue Präsident des Agrarministerrates, Ignaz Kiechle, reist durch die Hauptstädte der EG-Staaten, um die Agrarpreisrunde für das Wirtschaftsjahr 1983/84 vorzubereiten.

Entwicklungspolitik

8. April: Die Kommission legt dem Rat ein Dokument vor, das neue Richtlinien für die Nahrungsmittelhilfe der EG enthält. Danach soll die Nahrungsmittelhilfe in ein Programm einbezogen werden, das eine Kapazitätssteigerung der Landwirtschaft der Empfängerländer selbst anstrebt.

Japan

11. April: Die Kommission unterrichtet die japanische Regierung von ihrer Absicht, mit der vor dem GATT angestrengten Klage wegen unzureichender Öffnung des japanischen Marktes in die nächste Instanz zu gehen.

Europäisches Parlament

11. – 15. April: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Es verabschiedet mit großer Mehrheit eine feierliche Erklärung zur Europäischen Akte, in der es heißt, die Akte solle mit einer neuen Gemeinschaftspolitik im sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Bereich zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und Schaffung neuer Arbeitsplätze gekoppelt werden. In einer Entschließung fordert das EP die EG-Mitgliedstaaten auf, nur einem ausgewogenen Schlußdokument der Madrider KSZE-Folgekonferenz zuzustimmen. Außerdem führt es eine Aussprache über die künftige Finanzierung der Gemeinschaft und die Vorstellungen der Kommission hierzu sowie über den ‚Seveso-Dioxin-Skandal'. Das EP beschließt, die Flagge des Europarates als ‚europäische Flagge' zu übernehmen.

Wirtschaftspolitik

18. April: Spitzenvertreter der deutschen Stahlindustrie beraten in Brüssel mit der Kommission die endgültige Form des deutschen Umstrukturierungskonzepts (Fusion von Thyssen und Krupp, Kooperation von Salzgitter und Hoesch, Einzelregelungen für die Gruppen Klöckner und Korff).

Wirtschaft und Finanzen

18. April: Der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister erklärt seine Bereitschaft zur Senkung der Export-Kreditzinsen. Außerdem bereitet er die OECD-Zusammenkunft über öffentliche Ausfuhrkredite und die 6. UNCTAD-Konferenz in Belgien vor. Für das Gipfeltreffen in Williamsburg werden gemeinsame Positionen ausgearbeitet. Es herrscht über nahezu alle wesentlichen Regelungen einer konsolidierten Rechnungslegung Einvernehmen.

Agrarpolitik

18. – 20. April: Der Rat der Landwirtschaftsminister berät in Luxemburg ergebnislos über die EG-Agrarpreise für das Wirtschaftsjahr 1983/84.

Währungsunion

20. April: In einer Mitteilung an den Rat schlägt die Kommission konkrete Schritte zur Erreichung der EG-Währungsunion vor.

Wirtschaftspolitik

21. April: Die Kommission beantragt in einer Mitteilung an den Rat angesichts der andauernden Krisenlage der europäischen Stahlindustrie die Verlängerung des Systems der Erzeugerquoten für Stahl bis Ende 1985.

Wirtschaftspolitik/USA

21. April: Der Präsident der Kommission, Gaston Thorn, führt in Washington mit US-Präsident Ronald Reagan Gespräche, in deren Mittelpunkt neben der Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels in Williamsburg die Wirtschafts- und Währungsprobleme stehen, die seit einiger Zeit die Beziehungen zwischen der EG und den USA belasten. Thorn kommt mit Reagan überein, daß auf dem Weltwirtschaftsgipfel weder die strittigen Fragen des Ost-West-Handels ausführlich erörtert werden sollen, noch die agrarpolitischen Probleme zwischen der EG und den USA.

Energiepolitik

21.April: Der Ministerrat für Energiefragen erörtert die Energiestrategie der Gemeinschaft und die Lage auf dem Mineralölmarkt.

Europarat

24. – 29. April: Die Parlamentarische Versammlung des Europarates wählt den deutschen Bundestagsabgeordneten Karl Ahrens (SPD) als Nachfolger des Spaniers José Maria de Areilza zu ihrem neuen Präsidenten. Außerdem befaßt sich die Versammlung mit den Ost-West-Beziehungen, der Entwicklung der internationalen Handelsbeziehungen, der Beziehungen zwischen dem Europarat und der EG und mit den Menschenrechten. Der italienische Staatspräsident Sandro Pertini fordert vor der Versammlung, die Europäische Union zu schaffen.

Wirtschaftspolitik

25. April: Der Rat der Wirtschaftsminister bittet die Kommission um Vorschläge zur Ausdehnung des Quotensystems für die Stahlproduktion und nimmt Kenntnis von Mitteilungen der Kommission zum gemeinschaftlichen Stahlmarkt und zur Umstrukturierung der Eisen- und Stahlindustrie.

Allgemeine Angelegenheiten, EPZ

25./26. April: Der Rat der Außenminister berät u.a. den Status von Grönland, den Beitritt Spaniens zur Gemeinschaft, die Beziehungen zu den AKP-Staaten, die Vorbereitung der UNCTAD-Konferenz, den Dialog mit dem Europäischen Parlament über institutionelle Fragen, das Wirtschaftsgipfeltreffen in Williamsburg und die künftige Finanzierung der Gemeinschaft. Im Rahmen der EPZ befassen sich die Minister mit der Lage in und um Kamputschea, mit dem KSZE-Folgetreffen in Madrid und beraten über regelmäßige Konsultationen mit China über außenpolitische Fragen.

Sozialpolitik

26. April: Die Kommission schlägt in einer Mitteilung an den Rat einen 5-Punkteplan zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vor.

Spanien

26. April: Der Rat der Außenminister erzielt in Luxemburg in der Frage des EG-Beitritts Spaniens einen Durchbruch für den Bereich der Zollunion. Danach wird Spanien eine Übergangsfrist von vier Jahren gewährt, während der die Einfuhr von zehn Industriewaren begrenzt werden kann.

Europäisches Parlament

27./28. April: Sondersitzung des EP in Brüssel. Zentrales Beratungsthema ist die Arbeitslosigkeit. Für den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit fordert das EP eine 100%ige Aufstockung des Sozialfonds der Gemeinschaft für 1984. Alle Redner sind sich einig, daß die anstehenden Probleme nur gemeinsam und solidarisch gelöst werden können. Das deutsche Fernsehen überträgt zum ersten Mal eine Debatte des EP ‚live' und Brüssel ist zum ersten Mal Sitzungsort des EP-Plenums.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

27./28. April: Auf seiner 207. Plenartagung beschließt der WSA, bis zu seiner nächsten Tagung eine Initiativstellungnahme zur sozialen Sicherheit auszuarbeiten.

Agrarpolitik

27./28. April: Der Rat der Landwirtschaftsminister kommt in Luxemburg zu einer neuen Agrarpreisrunde zusammen, die wieder ohne Ergebnis beendet wird. Die in der COPA zusammengeschlossenen Landwirtschaftsverbände der EG-Staaten sprechen von einem „schwarzen Tag" für Europas Bauern.

Europäische Menschenrechtskonvention

28. April: Ein Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention wird unterzeichnet, mit dem die Todesstrafe in Friedenszeiten abgeschafft wird.

Jugoslawien

28. April: Die jugoslawische Ministerpräsidentin Milka Planinc stattet der Kommission einen offiziellen Besuch ab. Sie ist der erste jugoslawische Regierungschef bei der Kommission und führt Gespräche mit dem Präsidenten der Kommission, Gaston Thorn, und Vizepräsident Wilhelm Haferkamp und bekräftigt, daß Jugoslawien an einer engen Zusammenarbeit mit der EG und an einer Ausweitung der Handelsbeziehungen interessiert ist.

Frankreich

28. April: Frankreich hebt die für importierte Videorecorder angewandte zentrale Zollabfertigung in Poitiers auf.

Sozialpolitik

29. April: Die Kommission legt dem Rat einen Richtlinienvorschlag vor, der das Ende der Diskriminierung von Frauen bei den betrieblichen Systemen der sozialen Sicherheit bewirken soll.

Mai

Sozialpolitik

3. – 5. Mai: Der Rat der Arbeitsminister berät in Paris Beschäftigungsprobleme. Im Kampf gegen die hohen Arbeitslosenzahlen tritt der Rat für die Förderung von arbeitsplatzschaffenden Investitionen und die Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben ein.

Tunesien

4. – 6. Mai: Tunesiens Ministerpräsident Mohamed Mzali besucht Brüssel und weist auf die Chancen einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen den Ländern des Maghreb (Tunesien, Marokko und Algerien) und den Staaten der EG hin. Eine erfolgreiche und vielseitige Kooperation zwischen der EG und den Maghreb-Ländern könne dem euro-arabischen Dialog neue Anstöße geben.

Haushaltspolitik

5. Mai: Die Kommission legt ihren Vorschlag zur künftigen Finanzierung der Gemeinschaft vor, der noch der Zustimmung des Ministerrates und des EP bedarf. Der derzeitige MWSt-Satz von 1 % soll auf 1,4 % erhöht werden. Weitere künftige Erhöhungen um jeweils 0,4 %-Punkte sollen dann nur durch einstimmigen Beschluß des Ministerrates und mit qualifizierter Mehrheit des EP gebilligt werden können. Ferner sieht der Kommissionsvorschlag einen Ausgleichsmechanismus für die Finanzierung der gemeinschaftlichen Agrarausgaben vor.
11. Mai: Die Kommission verabschiedet den Vorentwurf des Gesamthaushaltsplans für 1984. Ausgabensätze: 28,61 Mrd. ECU Verpflichtungsermächtigungen (+7,86 %), 25,52 Mrd. ECU Zahlungsermächtigungen (41,76 %).

China

13. Mai: Die EG und die Volksrepublik China verabreden regelmäßige halbjährliche Konsultationen zu Fragen der EPZ. Die Beratungen sollen zwischen der jeweiligen Ratspräsidentschaft und dem Vertreter bei der ansässigen chinesischen Botschaft geführt werden.

Allgemeine Angelegenheiten

14./15. Mai: Der Rat der Außenminister kommt zu einem informellen Treffen auf Schloß Gymnich bei Bonn zusammen. Der amtierende Ratspräsident Hans-Dietrich Genscher weist darauf hin, daß in der Frage der angestrebten ‚Feierlichen Deklaration' zur Europäischen Akte bisher keine große Kompromißbereitschaft seitens einiger Mitgliedsländer zu erkennen gewesen sei. Fortschritte seien in der Frage der künftigen Beziehungen zwischen dem Ministerrat und dem EP erzielt worden. Weitere Beratungsthemen sind der Finanzausgleich in der Gemeinschaft, die Menschenrechte in Argentinien und die KSZE.

Wirtschaft und Finanzen

16. Mai: Der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister stimmt in Brüssel einem Gemeinschaftskredit an Frankreich in Höhe von 4 Mrd. ECU (ca. 9,5 Mrd. DMark) zu. Gleichzeitig billigt er die 7. Richtlinie über die Konzernbilanzen. Diese Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten, ihre nationalen Rechtsvorschriften über Form und Inhalt der Konzernabschlüsse einander anzupassen.

Europäisches Parlament

16. – 20. Mai: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Das Parlament nimmt den Vorschlag der Kommission zur künftigen Finanzierung der Gemeinschaft an. Zentrales Thema der Plenardebatte sind die beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche und die geplante Reform des Sozialfonds. Außerdem verabschiedet das EP eine Entschließung zur internationalen Lage der Menschenrechte und verurteilt eine Reihe von Ländern wegen Menschenrechtsverletzungen. In einer weiteren Entschließung werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, ihre Menschenrechtspolitik verstärkt aufeinander abzustimmen und gemeinsam zu vertreten. Bei den Vereinten Nationen soll ein Hoher Kommissar für Menschenrechte eingesetzt werden. Das EP verlangt den Rückzug aller ausländischen Truppen aus dem Libanon; die Kommission soll dem Libanon weiterhin Hilfe gewähren. Griechenland wird aufgefordert, seine Beziehungen zu Israel zu normalisieren.

Forschungspolitik

17. Mai: Die Kommission legt dem Rat ein Rahmenprogramm vor, mit dem sie eine Förderung der wissenschaftlichen und technischen Forschungstätigkeit anstrebt.

Agrarpolitik

17. Mai: Der Rat der Landwirtschaftsminister einigt sich im 3. Einigungsversuch auf eine durchschnittlich 4%-ige Agrarpreiserhöhung für das Wirtschaftsjahr 1983/84.

Entwicklungspolitik

19./20. Mai: Der Ministerrat und hochrangige Vertreter der AKP-Staaten erörtern in Brüssel die weitere Zusammenarbeit im Rahmen des Lomé-Abkommens. Im Mittelpunkt der außerordentlichen Sitzung steht der Stabilisierungsfonds für Exporterlöse der Entwicklungsländer (STABEX).

Sozialpolitik

20. Mai: Der ständige Ausschuß für Beschäftigungsfragen berät über die Mitteilungen der Kommission zur Förderung der Beschäftigung von Jugendlichen und zur Verkürzung und Neugestaltung der Arbeitszeit.

Binnenmarkt

21. Mai: An 34 Grenzübergängen innerhalb der EG demonstrieren Vertreter der UEF (Union Europäischer Föderalisten) für die Abschaffung der Grenzkontrollen und die Vollendung des EG-Binnenmarktes.

Jugoslawien

24. Mai: Der Kooperationsrat EG-Jugoslawien tritt erstmals auf Ministerebene zusammen und legt Leitlinien für die Zusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft und Jugoslawien fest und billigt ein Programm von Maßnahmen, das diese Zusammenarbeit im gewerblichen und technischen Bereich konkretisieren soll.

Allgemeine Angelegenheiten, EPZ

24./25. Mai: Der Rat der Außenminister setzt als Termin für die 2. Direktwahl zum EP die Zeit zwischen dem 14. und 17. Juni 1984 fest. Auf ein einheitliches Wahlverfahren kann sich der Rat nicht einigen. Eine Erhöhung der gemeinschaftseigenen Finanzmittel verbunden mit Sparauflagen wird grundsätzlich empfohlen. Weitere Beratungsthemen sind das Gipfeltreffen in Williamsburg, die Vorbereitung des Europäischen Rates, die 6. UNCTAD-Konferenz, der Beitritt Portugals, die Stärkung der gemeinsamen Handelspolitik, die Überprüfung des europäischen Fonds zur Regionalentwicklung und der Status von Grönland. Am Rande der Tagung erörtern die Außenminister im Rahmen der EPZ das israelisch-libanesische Abkommen, das Finanzprotokoll mit Israel und die Lage im südlichen Afrika.

Agrarpolitik

25./26. Mai: Der Rat der Landwirtschaftsminister erzielt keine Einigung in der Frage des gemeinschaftlichen Besitzstandes bei Agrarprodukten aus dem Mittelmeerraum.

Binnenmarkt

26. Mai: Der Rat kommt in den Fragen der Gemeinschaftsbescheinigungen für Erzeugnisse aus Drittländern, des einheitlichen Dokuments für den grenzüberschreitenden Binnenverkehr und der Vereinfachung der Grenzabfertigung innerhalb der Gemeinschaft zu keiner Einigung. Grundsätzliche Übereinstimmung wird über eine Richtlinie zum Schutz der öffentlichen Gesundheit vor Asbest und asbesthaltigen Erzeugnissen erzielt.

Weltwirtschaftsgipfel

29./30. Mai: Im amerikanischen Williamsburg findet das Gipfeltreffen der sieben größten Industrienationen des Westens statt. Neben den Regierungschefs der USA, Kanadas, Japans, der Bundesrepublik Deutschland, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens vertritt der Präsident der Kommission, Gaston Thorn, die Gemeinschaft als Ganzes. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen der NATO-Doppelbeschluß und gemeinsame Schritte zur Lösung der Weltwirtschaftskrise. In der Abschlußerklärung betonen die Teilnehmer, einen möglichst dauerhaften und inflationsfreien Konjunkturaufschwung stützen zu wollen.

Indien

30./31. Mai: In Brüssel tagt eine gemeinsame Wirtschaftskommission EG-Indien. Der für Außenbeziehungen zuständige Kommissar Wilhelm Haferkamp zeigt Verständnis für die Unzufriedenheiten Indiens über sein Handelsdefizit mit der EG und versichert, daß die Gemeinschaft ihr Möglichstes tun werde, um zu einer Verringerung dieses Defizits beizutragen.

Juni

Wirtschafts- und Sozialausschuß

1./2. Juni: Auf seiner 208. Plenartagung begrüßt der Wirtschafts- und Sozialausschuß den Vorschlag der Kommission, ein einheitliches Anmeldeformular für den innergemeinschaftlichen Handel einzuführen. Außerdem verabschiedet der Ausschuß drei Initiativstellungnahmen zur Rolle der Jugendlichen für die Entwicklung der Gemeinschaft, zur 6. UNCTAD-Konferenz und zu den Problemen der Ausbildung und Beschäftigung der Jugendlichen.

Sozialpolitik

2. Juni: Der Rat der Arbeits- und Sozialminister einigt sich grundsätzlich über eine Revision des Europäischen Sozialfonds. Danach ist vorgesehen, künftig 40 % der Fondsmittel für die besonders benachteiligten Regionen in den Mitgliedstaaten zur Verfügung zu stellen. Der Schwerpunkt soll bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit liegen, für die 75 % der Fondsmittel verwendet werden sollen.

Bildungspolitik

2./3. Juni: Der Rat der Bildungsminister beschließt in Luxemburg Maßnahmen, die eine größere Mobilität im Hochschulwesen der EG-Staaten herbeiführen sollen. Neben der Entwicklung gemeinsamer Studiengänge gehören dazu ein verstärkter Austausch von Lehrern und Studenten, sowie die Förderung eines zeitlich begrenzten Studiums im Ausland mit weitgehender Anerkennung von Diplomen und Studienzeiten in den einzelnen Mitgliedsländern. Außerdem wird eine Entschließung zur Einführung neuer Informationstechnologien im Bildungswesen angenommen.

UNCTAD

6. Juni – 3. Juli: In Belgrad findet die 6. Welthandelskonferenz (UNCTAD VI) statt. Sie bringt keine konkreten Hilfszusagen der Industrieländer an die Entwicklungsländer.

Wirtschaftspolitik

6. Juni: Die EG muß ihre Steinkohleförderung um rund 35 Mio. Tonnen auf 200 Mio. Tonnen drosseln.

Europäisches Parlament

6. – 10. Juni: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Die Abgeordneten appellieren an den bevorstehenden Europäischen Rat, konkrete Schritte auf dem Weg zur Politischen Union Europas zu unternehmen und in der Frage des Beitritts von Portugal und Spanien eine positive Entscheidung zu treffen. Das EP billigt den Antrag der dänischen Regierung auf Austritt Grönlands aus der EG und befürwortet einen Sonderstatus für Grönland. Außerdem gibt das EP eine Empfehlung an die Mitgliedstaaten, dafür zu sorgen, daß möglichst bald bleifreies Benzin angeboten wird. In einer Entschließung fordert das EP die

Kommission auf, bis Ende 1983 einen Vorschlag vorzulegen mit dem Ziel, den Bürgern der Mitgliedstaaten, die in anderen Mitgliedstaaten ansässig sind, dort das aktive und passive Wahlrecht für die Wahlen auf kommunaler Ebene zuzuerkennen. Weitere Beratungsthemen sind die Intensivierung der Familienpolitik, eine stärkere Förderung des Jugendaustauschs, die Wiederaufnahme der Finanzhilfe an Israel und Reiseerleichterungen für EG-Bürger an den Grenzen zwischen den Mitgliedsländern.

Verkehrspolitik

7. Juni: Der Rat der Verkehrsminister verhandelt über verschiedene Themen aus dem Bereich Seeschiffahrt sowie über den Such- und Rettungsdienst und über den internationalen Linienflugverkehr.

Internationaler Terrorismus

10. Juni: Der Rat der für innere Sicherheit zuständigen Minister berät in Bonn über die gemeinsame Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

Deutsche Demokratische Republik

13. Juni: Der Politische Ausschuß des EP fordert in einem Resolutionsentwurf die generelle Abschaffung des Zwangsumtauschs für DDR-Besucher.

Haushaltspolitik

13. Juni: Der Rat der Außenminister berät in Hinblick auf den Europäischen Rat in Stuttgart über die Probleme der künftigen Finanzierung der Gemeinschaft.

Agrarpolitik

13./14. Juni: Der Rat der Landwirtschaftsminister berät über die Anpassung der Marktordnung für Obst, Gemüse und Olivenöl im Hinblick auf die Süderweiterung der EG.

Institutionen

14. Juni: In Straßburg findet der jährliche Meinungsaustausch zwischen dem Generalsekretär der Kommission und Vertretern des Europarates statt.

Entwicklungspolitik

14. Juni: Nach mühsamen Verhandlungen beschließen die für Entwicklungshilfe zuständigen Minister der EG-Staaten in Luxemburg ein Sofort-Programm zur Bekämpfung des Hungers in der Welt in Höhe von 112 Mio. DMark in zwei Jahren.

Umweltschutzpolitik

14. Juni: Die Kommission legt dem Rat einen Verordnungsvorschlag für eine gemeinschaftliche Aktion zum Schutz des Waldes gegen Brände und saure Niederschläge vor.

Lateinamerika

14. – 16. Juni: In Brüssel findet die 6. interparlamentarische Konferenz EG-Lateinamerika statt. Das erste Ziel dieser Konferenz ist, die durch den Falkland-Konflikt zwischen Argentinien und Großbritannien gestörten Beziehungen der Gemeinschaft zu Lateinamerika zu normalisieren. In der gemeinsamen Schlußerklärung wird u.a. die Gründung einer europäisch-lateinamerikanischen Bank gefordert.

Umweltschutzpolitik

16./17. Juni: Der Rat der Umweltminister trifft auf seiner Tagung in Luxemburg mehrere Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung. So wurde beschlossen, daß die Autoindustrie den Kohlenmonoxyd-Anteil der Autoabgase um rund 20 – 30 % verringern und daß der Cadmium-Gehalt verschiedener Produkte bis Januar 1986 unter Kontrolle gebracht werden soll.

Europäischer Rat

17. – 19. Juni: Die Staats- und Regierungschefs der EG treffen sich zum 2. Gipfel des Jahres in Stuttgart. Es wird eine Feierliche Deklaration zur Europäischen Union unterzeichnet, die auf die deutsch-italienische Initiative für eine Europäische Akte zurückgeht. Außerdem wird eine Lösung der Hauptprobleme der Gemeinschaft in einem Dringlichkeitsverfahren bis zum Gipfeltreffen in Athen (6. Dezember 1983) vereinbart. Weitere Beratungsthemen sind die Finanzverfassung der Gemeinschaft, die Wirtschaftslage und der Binnenmarkt. Im Bereich der EPZ werden Erklärungen zur Lage in Polen, zum Nahen Osten, zu Mittelamerika und zur KSZE abgegeben.

EPZ

20. Juni: Der amtierende Ratspräsident Hans-Dietrich Genscher trifft in Bonn mit den Außen-

ministern von Spanien und Portugal zusammen, um mit ihnen in Anwesenheit des griechischen Außenministers Fragen der EPZ zu erörtern.

Fischereipolitik

20. Juni: Der Ministerrat für Fischereifragen setzt die Gesamtfangmengen für 1983 fest. Da über die Verteilung der Fangquoten für Heringe keine Einigung zustande kommt, werden die Beratungen vertagt.

Wirtschaftspolitik

21. Juni: Der Rat der Wirtschaftsminister verlängert das geltende Produktionsquotensystem für Stahl bis Ende Juli.
21./22. Juni: Der Beratende Ausschuß der EGKS tagt in München und prüft das Vorausschätzungsprogramm Stahl für das 3. Quartal 1983.

Außenbeziehungen

21./22. Juni: Der Rat der Außenminister berät die Verlängerung der finanziellen Zusammenarbeit mit Spanien und Portugal, die Erneuerung des Lomé-Abkommens, die Beziehungen zu Zypern und Malta und seine Beziehungen zum Europarat. Im Anschluß an die Ratstagung findet die 16. Ministertagung über den Beitritt Spaniens statt.

Europarat

21./22. Juni: Der Europarat befaßt sich auf seiner Tagung mit seiner zukünftigen Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft.

Israel

24. Juni: Vertreter der EG und Israels unterzeichnen in Brüssel ein Finanzprotokoll, das Israel bis zum 31. 10. 1986 Kredite in Höhe von 40 Mio. ECU (ca. 91,2 Mio. DMark) sichert.

Energiepolitik

25. Juni: Das bei Culham/Oxfordshire (Großbritannien) installierte europäische Kernfusionsprojekt JET (Joint European Torus) wird erstmals Probe gefahren.

Historische Archive

28. Juni: Der Präsident der Kommission, Gaston Thorn, gibt die historischen Archive der Hohen Behörde der EGKS frei.

Forschungspolitik

28. Juni: Der Rat der Forschungsminister verabschiedet das zweite Forschungsprogramm der EG für 1983 – 1987 (FAST II) mit einem Gesamtbudget von 8,5 Mio. ECU (ca. 20 Mio. DMark). Außerdem berät er über das erste europäische strategische Programm zur Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Informationstechnologie (ESPRIT).

Europäisches Parlament

29./30. Juni: Auf einer Sondertagung des EP berichtet der amtierende Ratspräsident Hans-Dietrich Genscher über die Bilanz der deutschen Ratspräsidentschaft. Außerdem geben der deutsche Bundeskanzler und Ratspräsident, Helmut Kohl, und der Präsident der Kommission, Gaston Thorn, Berichte über die Tagung des Europäischen Rates in Stuttgart ab.

Juli

Ministerrat

1. Juli: Der Ratsvorsitz geht von Deutschland an Griechenland über.

Europäisches Parlament

4. – 8. Juli: Der griechische Außenminister Yanis Haralambopoulos stellt dem EP das Programm der griechischen Ratspräsidentschaft für das zweite Halbjahr 1983 vor: Aufstellung des Haushaltsplans 1984, Bekämpfung der wirtschaftlichen Ungleichgewichte und regionalen Disparitäten, Fortführung der Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal und Reaktivierung des euro-arabischen Dialogs. In der Debatte über den von der Kommission vorgelegten Nachtragshaushalt in Höhe von 4,4 Mrd. DMark kritisieren Sprecher aller Fraktionen die unzureichenden Anstrengungen zur Eindämmung der Agrarausgaben. Außerdem verabschiedet das EP Entschließungen u.a. zur mittel- und langfristigen Katastrophenhilfe, zur Kürzung der Stahlquoten durch die Kommission, zur künftigen Entwicklungshilfe. Ferner fordert es von der DDR die sofortige Abschaffung des in ‚schroffem Gegensatz zur Schlußakte von Helsinki' stehenden Zwangsumtausches bei Reisen in die DDR.

Fischereipolitik

6. Juli: In Brüssel wird ein Abkommen zwischen Finnland und der EG unterzeichnet, mit dem jede der beiden Parteien der anderen Zugang zu der unter ihre Gerichtsbarkeit fallende 200-Meilen-Fischereizone gewährt.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

6./7. Juli: Auf seiner 209. Plenartagung verabschiedet der Ausschuß Stellungnahmen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage, über die Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten und über ionisierende Strahlungen.

Allgemeine Angelegenheiten

8. Juli: Auf einer Sondertagung des Rates der Außenminister wird der Zeitplan für die vom Europäischen Rat in Stuttgart beschlossenen Sonderverhandlungen über die Haushalts-, Finanz-, Agrar- und Erweiterungsprobleme festgelegt. Vorgesehen werden je eine Sondertagung der Außen- und Finanzminister pro Monat zur Vorbereitung der Vorschläge für die Tagung des Europäischen Rates im Dezember in Athen.

Wirtschaft und Finanzen

11. Juli: Der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister kommt zur Prüfung der Wirtschaftslage der Gemeinschaft zusammen. In den Schlußfolgerungen wird die Erwartung auf eine konjunkturelle Erholung in der EG ausgesprochen. Der Rat fordert eine glaubwürdige Strategie zur mittelfristigen Defizitbegrenzung und zur Umstrukturierung der öffentlichen Finanzen zugunsten produktiver Ausgaben.

Energiepolitik

12. Juli: Der Ministerrat für Energiefragen berät über die Energiestrategie der Gemeinschaft und ein Fünfjahresprogramm für die Finanzierung der Energieforschung.

Wirtschaftspolitik

12. Juli: Auf einer Tagung des GATT-Rates kritisiert die Gemeinschaft nachdrücklich die einseitigen amerikanischen Maßnahmen bei der Einfuhr von Sonderstählen und fordert die unverzügliche Aufnahme von Konsultationen mit den Vereinigten Staaten.

Agrarpolitik

18. Juli: Der Rat der Landwirtschaftsminister verschiebt eine Entscheidung in der Frage des gemeinschaftlichen Besitzstandes bei Agrarprodukten und erzielt keine Einigung in der Frage der Marktorganisation für verarbeitetes Obst und Gemüse.

Außenbeziehungen, EPZ

18. Juli: Der Rat der Außenminister bedauert die amerikanische Maßnahme, die Ausfuhr von Spezial-Stahl aus der Gemeinschaft in die Vereinigten Staaten zu erschweren. Außerdem legt der Rat die wesentlichen Punkte des Mandats fest, das die Kommission für die Verhandlungen mit den AKP-Staaten über die Erneuerung des Lomé-Abkommens benötigt. Weitere Beratungsthemen sind die Zusammenarbeit mit der EFTA, die Revision des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, das Finanzprotokoll mit Malta und der Status von Grönland. Am Rande der Tagung begrüßen die Außenminister im Rahmen der EPZ die Initiative der Contadora-Gruppe zur Beilegung des Konflikts in Mittelamerika. Malta wird aufgefordert, sich einem Abschluß der Madrider KSZE-Folgekonferenz nicht länger zu verschließen.

Haushaltspolitik

19. Juli: Auf einer Sondertagung befassen sich die Außen- und Finanzminister im Rahmen des Mandats von Stuttgart mit der Finanzierung der Gemeinschaft. Die deutsche, britische und niederländische Delegation sprechen sich für drastische Kürzungen bei den Agrarausgaben aus.
20. – 22. Juli: Der Ministerrat für Haushaltsfragen verabschiedet den 2. Nachtragshaushalt 1983 in Höhe von 2,2 Mrd. ECU (ca. 4,6 Mrd. DMark). Außerdem stellt er einen Entwurf des Haushaltsplans 1984 mit einem Gesamtetat von 25,4 Mrd. ECU (ca. 60 Mrd. DMark) auf. Allein 16,5 Mrd. ECU sind für die Landwirtschaft vorgesehen. Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland sollen eine Rückzahlung in Höhe von 1,2 Mrd. ECU erhalten.

Wirtschaftspolitik

25. Juli: Der Rat der Wirtschaftsminister beschließt die Verlängerung des Produktionsquotensystems für die Stahlindustrie um vorerst sechs Monate, d.h. bis zum 31. Januar 1984.

Fischereipolitik

25./26. Juli: Der Ministerrat für Fischereifragen setzt seine Beratungen über die Kommissionsvorschläge zur gemeinsamen Fischereipolitik für 1983 fort. Er beschließt, Norwegen vorübergehend zwei Drittel der Fangmenge an Heringen in der Nordsee einzuräumen, die im Abkommen mit der Europäischen Gemeinschaft vorgesehen ist. Außerdem genehmigt der Rat das Abkommen mit Äquatorial-Giunea.

Agrarpolitik

29. Juli: Der Präsident der Kommission, Gaston Thorn, legt in Brüssel die vom Europäischen Rat Mitte Juni in Stuttgart angeforderten Reformpläne für die Agrarpolitik und die Fonds der EG vor. Die Vorschläge der Kommission beinhalten den Abbau von nationalen Subventionen, Einschränkungen von Überproduktionen sowie die Einführung von Strafsteuern bei Überproduktionen.

August

EPZ

26. August: Im Rahmen der EPZ drücken die Mitgliedsländer der EG in einer gemeinsamen Erklärung ihre Besorgnis über die Niederschlagung von Demonstrationen in Chile aus und fordern die chilenische Regierung auf, zur Beachtung der Menschenrechte zurückzukehren.

Haushaltspolitik

30. August: Auf einer Sondertagung beraten die Außen-, Finanz- und Landwirtschaftsminister im Rahmen des Mandats von Stuttgart die Gemeinsame Agrarpolitik und die zukünftige Finanzierung der Gemeinschaft.

September

Agrarpolitik

5./6. September: Auf einer Sondertagung beraten die Landwirtschaftsminister im Rahmen des Stuttgarter Mandats die Strukturpolitik bei den gemeinschaftlichen Agrarausgaben.

KSZE

6. September: Alle Teilnehmer – auch Malta – stimmen dem Schlußdokument der KSZE in Madrid zu, nachdem der amtierende Vorsitzende des Treffens in einer Erklärung die Bereitschaft der KSZE-Staaten zugesichert hatte, die Wünsche Maltas nach einer Sicherheitskonferenz für den Mittelmeerraum zu unterstützen, „wenn es angemessen erscheint". Die übrigen 34 Delegierten hatten bereits im Juli 1983 zugestimmt.

USA

7. September: In Genf findet eine Konsultationssitzung wegen der amerikanischen Einfuhrbeschränkungen für Sonderstähle statt. Die USA zeigen sich bereit, Kompensationen in Form von Zollreduzierungen zu gewähren.

Industriepolitik

7. September: In einem Sonderbericht der Kommission an der Rat über die Lage der Werftindustrie vertritt die Kommission die Ansicht, der Höhepunkt der Krise in diesem Sektor sei noch nicht erreicht, da die Hauptkonkurrenten der Europäer, insbesondere Japan und Korea, ihre den Weltmarkt beherrschende Position weiterhin ausbauten.

Wirtschaft und Finanzen

10./11. September: Die Wirtschafts- und Finanzminister kommen zu einem informellen Treffen auf der Insel Kephallenia (Griechenland) zusammen und beraten die Erhöhung der Finanzmittel für die internationalen Währungsinstitutionen.

EPZ

12. September: Auf einer Tagung der EG-Außenminister in Athen im Rahmen der EPZ kommt es zu einer Auseinandersetzung zwischen dem griechischen Vertreter und seinen neun Amtskollegen, als ersterer die Zustimmung zu einer gemeinsamen Verurteilung zum Abschuß eines südkoreanischen Jumbos durch die Sowjets verweigert. Die Zehn drücken schließlich lediglich ihre ‚tiefe Betroffenheit über das tragische Ereignis' aus.

In einer Erklärung zur Lage im Libanon rufen die Zehn zu einer sofortigen Feuereinstellung auf und fordern von allen am Konflikt beteiligten Parteien, die Souveränität Libanons und die Autorität seiner Regierung zu achten. Es müßten Fortschritte auf dem Wege zum vollständigen Abzug aller ausländischen Truppen aus dem Libanon erzielt werden.

Europäisches Parlament

12. – 16. September: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Der griechische Staatspräsident Konstantin Karamanlis spricht sich vor dem EP für eine Wiederbelebung der europäischen Einigungsbemühungen aus und fordert eine besondere Gipfelkonferenz der Zehn zu dieser Frage. Mit 201 zu 37 Stimmen (bei 72 Enthaltungen) nimmt das EP den Entschließungsantrag zum ‚Inhalt des Vorentwurfs eines Vertrages zur Gründung der Europäischen Union' (Spinelli-Initiative) an, der eine Stärkung der europäischen Institutionen – besonders des EP – und das Mehrheitsprinzip bei der Entscheidungsfindung in der Gemeinschaft fordert. Der europäische Binnenmarkt soll umgehend und ohne Ausnahmen eingeführt werden. In einer Entschließung verurteilt das EP den Abschuß des koreanischen Passagierflugzeuges und bedauert, daß die Zehn unter der gegenwärtigen Präsidentschaft nicht in der Lage gewesen seien, eine angemessene Haltung gegenüber der Sowjetunion einzunehmen. Außerdem beschließt das EP, keine Debatte über die Stationierung amerikanischer nuklearer Mittelstreckenwaffen in Europa zu führen. Neben Entschließungen zum Libanon, dem Tschad und Chile, wird noch die Vorlage des Nachtragshaushaltes 1983 und des Haushaltsplanes 1984 diskutiert.

Sozialpolitik

16. September: In einer Empfehlung an den Rat schlägt die Kommission ein Konzept zur Verkürzung der Arbeitszeit als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit vor.

Grönland/Entwicklungspolitik

19. September: Keine Fortschritte erzielt der Rat der Außenminister bei seinen Beratungen in Brüssel über den künftigen Status von Grönland, das am 1. Januar 1985 aus der EG ausscheiden wird. Der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher besteht darauf, daß bei jedweder Regelung (Assoziation etc.) die vitalen Interessen der deutschen Hochseefischer respektiert werden. Der Rat erteilt der Kommission ein Mandat für die Verhandlungen über die Weiterführung des Lomé-Abkommens.

Umweltschutzpolitik

19. – 21. September: Im Kernforschungszentrum Karlsruhe veranstaltet die Kommission ein Symposium zum Thema: ‚Saure Niederschläge – eine Herausforderung für Europa', an dem 600 Experten aus 14 Ländern teilnehmen.

Entwicklungspolitik

19. – 23. September: Auf der jährlichen Plenartagung der Beratenden Versammlung der AKP- und EG-Staaten in Berlin bereiten die Delegationen die im Oktober in Luxemburg stattfindenden Verhandlungen zur Weiterführung des Lomé-Abkommens vor.

UNO

20. September: Der griechische Außenminister Yanis Haralambopoulos legt in seiner Eigenschaft als amtierender Präsident des Rates und der Politischen Zusammenarbeit den Standpunkt der Gemeinschaft zu einer großen Anzahl politischer, sozialer und wirtschaftlicher Probleme dar.

Allgemeine Angelegenheiten

20. September: Auf einer Sondertagung zum Mandat von Stuttgart beraten die Außen- und Finanzminister über Möglichkeiten der Wiederbelebung der Gemeinschaft.

Bundesrepublik Deutschland

21. September: Die Bundesrepublik Deutschland beschließt, die Kommission wegen ihrer Genehmigungspraxis für Stahlbeihilfen zugunsten von Unternehmen in Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien vor dem Europäischen Gerichtshof zu verklagen.

Wirtschaftspolitik

22./23. September: Die Vollversammlung des EGKS-Ausschusses berät das Vorausschätzungsprogramm ‚Stahl' für das 4. Quartal, die mit der Umstrukturierung der Eisen- und Stahlindustrie verbundenen Sozialmaßnahmen und die Unterstützung für feste Brennstoffe.

Energiepolitik

23./24. September: In Athen beraten die Minister für Ernergie- und Industriefragen bei einem informellen Treffen neue Informationstechnologien und eine gemeinsame Energiepolitik.

Agrarpolitik

26./27. September: Der Rat der Landwirt-

schaftsminister erreicht wiederum keine Einigung in der Frage der Anpassung des gemeinschaftlichen Besitzstandes bei den agrarischen Mittelmeererzeugnissen sowie bei den gemeinsamen Programmen zur Koordinierung der Agrarforschung.

Europarat

26. September – 6. Oktober: Die Parlamentarische Versammlung beschließt eine Empfehlung an das Ministerkomitee, die europäische Sozialcharta zu ratifizieren und schärfere Gesetze gegen Ausländerfeindlichkeit zu erlassen. In einer Entschließung zur Lage im Nahen Osten wird zur sofortigen politischen und wirtschaftlichen Hilfe für den Libanon aufgerufen. Das Land soll von den syrischen und israelischen Truppen geräumt werden, die israelische Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten wird verurteilt. Der schwedische Ministerpräsident Olof Palme spricht sich für eine Art Marshall-Plan für die Entwicklungsländer aus und fordert ein kernwaffenfreies Europa.

Sozialpolitik

27. September: Der EG-Verbindungsausschuß der Arbeitgeber wendet sich gegen die Vorschläge der Kommission, ein Konzept zur Verkürzung der Arbeitszeit als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit einzusetzen.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

28./29. September: Auf seiner 210. Plenartagung gibt der Ausschuß Stellungnahmen ab zum 12. Bericht über die Wettbewerbspolitik und zum ESPRIT-Programm. Er appelliert an den Rat und an die Regierungen der EG-Mitgliedstaaten, zu beschäftigungswirksameren Umweltschutzmaßnahmen zu kommen.

Sozialpolitik

29./30. September: Bei einem informellen Treffen in Athen beraten die Arbeits- und Sozialminister über die Regelung der Arbeitszeit.

Oktober

Umweltschutzpolitik

3. Oktober: Bei einem informellen Treffen der Minister für Umweltfragen in Athen kann sich Griechenland mit dem Vorschlag , einen Umweltschutzfonds für die Gemeinschaft einzurichten, nicht durchsetzen.

Kommission

3. Oktober: Die Kommission erwirbt in Brüssel Grundstücke für den Bau von Büro-Gebäuden. Bisher wurden Büroräume in der ‚provisorischen EG-Hauptstadt' nur angemietet.

Fischereipolitik

3./4. Oktober: Der Ministerrat für Fischereifragen stimmt dem Fischereiabkommen zwischen der Gemeinschaft und Norwegen zu. Er erzielt wiederum keine Einigung über die Fangquoten für Nordseehering, da Dänemark und die Bundesrepublik Deutschland gegen den Kompromißvorschlag der Kommission stimmen, der für sie eine Quote von 9 % vorsah.

Mosambik

4. Oktober: Der Staatspräsident von Mosambik, Samora Machel, besucht die Kommission in Brüssel zu Beratungen über die Neuverhandlungen des Lomé-Abkommens.

Japan

5. Oktober: Der Präsident der Kommission, Gaston Thorn, fordert in einem persönlichen Brief den japanischen Ministerpräsidenten , Yasuhiro Nakasone, zu weitreichenden Beschlüssen mit dem Ziel einer Steigerung der japanischen Importe aus der Gemeinschaft auf, da die Exportüberschüsse im Handel mit der EG rapide steigen.

Agrarpolitik

6. Oktober: Die Kommission hält trotz sehr hoher Lagerbestände eine Weihnachtsbutteraktion nicht für sinnvoll. Sie tritt vielmehr dafür ein, auf der Grundlage ihres Reformvorschlages langfristige Maßnahmen zu ergreifen, die einen dauerhaften Rückgang der Überproduktion bewirken.

Kolumbien

6. Oktober: Der kolumbianische Staatspräsident, Belisario Betaniurluertas, stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab.

Entwicklungspolitik

6. Oktober: In Luxemburg beginnen die Verhandlungen zwischen der EG und den AKP-

Staaten über die Fortsetzung der II. Lomé-Konvention.

Verkehrspolitik

6./7. Oktober: Bei einem informellen Treffen in Athen beraten die Minister für Verkehrsfragen über eine gemeinsame Verkehrspolitik.

Europäisches Jahr der Klein- und Mittelbetriebe

10. Oktober: Die Kommission will Klein- und Mittelbetrieben mehr finanzielle Hilfe gewähren, da sie große Dynamik bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze bewiesen hätten.

Allgemeine Angelegenheiten, EPZ

10. – 12. Oktober: Bei einer Sondersitzung zum Mandat von Stuttgart beraten die Außen-, Finanz- und Agrarminister die Agrarreform, Haushaltsfragen sowie die Handelsbeziehungen zu den USA. Am Rande dieser Sitzung treffen sich die Außenminister zu einem Gespräch im Rahmen der EPZ über die Lage im Libanon und das Zusammentreffen des deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher mit seinem sowjetischen Amtskollegen Andrej Gromyko.

Europäisches Parlament

10. – 14. Oktober: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Das EP überbrückt die Finanzlücke der Gemeinschaft bei den Agrarausgaben durch die Verabschiedung des 2. Nachtragshaushaltes 1983, der u.a. 1,8 Mrd. ECU (ca. 4 Mrd. DMark) für die gemeinsamen Agrarausgaben vorsieht. Es billigt Kompensationszahlungen an die beiden ‚Nettozahler' Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien, für das Haushaltsjahr 1982. Außerdem diskutiert das EP einen Bericht über die Rüstungsbeschaffung im Rahmen einer gemeinsamen Industriepolitik und die Waffenverkäufe. In einer Entschließung bedauert das EP die Bedingungen, unter denen in der Türkei am 6. 11. 1983 Wahlen stattfinden sollen. Weitere Entschließungen werden zu Lateinamerika, der Lage in Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay und zu einer Informationskampagne für die Wahlen im Jahr 1984 verabschiedet.

Agrarpolitik

12. Oktober: Die Kommission setzt die im Voraus fixierten Beihilfen für 14 Agrarprodukte bis zum 23. Oktober aus, weil für die letzten beiden Monate nur noch 600 Mio. ECU (ca. 1,5 Mrd. DMark) zur Verfügung stehen, obwohl pro Monat 1,3 Mrd. ECU (ca. 3,2 Mrd. DMark) benötigt werden.

17. – 18. Oktober: Der Rat der Landwirtschaftsminister einigt sich nach zweijährigen Verhandlungen in Luxemburg über Marktordnungen für Obst und Gemüse sowie für Olivenöl aus dem Mittelmeerraum.

Allgemeine Angelegenheiten

17./18. Oktober: Der Rat der Außenminister berät die Handelsbeziehungen zu den USA und Japan, den Beitritt Spaniens und Portugals, die Beziehungen zu Malta und Zypern, die Reform des Europäischen Sozialfonds und die Billigung des 2. Nachtrags- und Berichtigungshaushaltes 1983.

Rechnungshof

18. Oktober: Sechs von zehn Mitgliedern des Europäischen Rechnungshofes scheiden aus. Es werden neu ernannt die Herren Carey, Haase, Lelong, Mart, Middelhoek und Vallas.

Marokko

19. Oktober: Der marokkanische König Hassan II stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und führt Beratungen über das Verhältnis Marokkos zur EG und die Auswirkungen des EG-Beitritts Spaniens und Portugals auf Marokko.

Agrarpolitik

19. Oktober: Die Kommission beschließt eine Verlängerung der Aussetzung der Beihilfen für 14 Agrarprodukte bis höchstens Ende 1983.

Fischereipolitik

19./20. Oktober: Die Verhandlungen des Ministerrates für Fischereifragen über die Fangquote für Nordseehering scheitern wieder.

Bundesrepublik Deutschland

21. Oktober: Der deutsche Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher führt in Brüssel Gespräche mit dem Präsidenten der Kommission, Gaston Thorn, und mit dem Vizepräsidenten Étienne Davignon über die Situation der deutschen Stahlindustrie.

EPZ

22./23. Oktober: Bei einem informellen Treffen im Rahmen der EPZ in Vouliagmeni (Griechenland) beraten die Außenminister die Ost-West-Beziehungen, die Genfer Rüstungskontrollverhandlungen und über die Gespräche zwischen dem deutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher und seinem sowjetischen Amtskollegen Andrey Gromyko und zwischen dem italienischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi und dem Präsidenten der USA, Ronald Reagan.

Rechnungshof

24. Oktober: Der Europäische Rechnungshof stellt in einem vom Europäischen Rat in Stuttgart angeforderten Sonderbericht fest, daß die Mittel der EG-Strukturfonds – insbesondere für die Agrarwirtschaft – und der EG-Entwicklungshilfe nicht wirkungsvoll genug eingesetzt werden.

Wirtschaft und Finanzen

24. Oktober: Der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister berät über die zukünftige Rolle der Europäischen Rechnungseinheit, die gemeinsame Stahlpolitik und die Wirtschaftslage in der Europäischen Gemeinschaft.

Europäisches Parlament

24. – 28. Oktober: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Mit Mehrheit sperrt das EP in der ersten Lesung des Gesamthaushaltsplans 1984 575 Mio. ECU (ca. 1,4 Mrd. DMark) der Garantieausgaben für die Landwirtschaft und 1,2 Mrd. ECU (ca. 3 Mrd. DMark) Ausgleichszahlungen für Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland. Freigegeben werden sollen diese Mittel erst dann wieder, wenn dem Europäischen Rat Anfang Dezember in Athen eine dauerhafte Reform der Agrarpolitik und der Gemeinschaftsfinanzierung gelingt. Außerdem verabschiedet das EP eine Entschließung zur Stärkung des GATT und fordert die Kommission und den Rat auf, mögliche Felder für eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstungsbeschaffung aufzuweisen.

EPZ

26. Oktober: Die Kommission spricht sich in einer Stellungnahme zur amerikanischen Intervention auf Granada gegen die militärische Lösung von politischen Problemen aus.

Forschungspolitik

26. Oktober: Der Rat der Minister für Forschungsfragen berät über das ESPRIT-Programm zur Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Informationstechnologie und über das Forschungsprogramm zur molekularbiologischen Technik.

Binnenmarkt

26. Oktober: Der Ministerrat für Binnenmarktfragen erzielt wiederum keine Einigung in der Frage eines einheitlichen Dokuments für den grenzüberschreitenden Binnenverkehr und eines gemeinsamen Instruments für eine gemeinsame Außenhandelspolitik.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

26./27. Oktober: Die 211. Plenartagung des Ausschusses wird im wesentlichen durch die Aussprache über das künftige Finanzierungssystem der Gemeinschaft geprägt.

ANDEN-Pakt

28. Oktober: Die EG und die Länder des Anden-Paktes (Bolivien, Ekuador, Kolumbien, Peru und Venezuela) beschließen in Brüssel ein Rahmenabkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit, das u.a. den Abbau von Zollschranken, höhere Entwicklungshilfe seitens der EG und gemeinsame Industrieprojekte vorsieht.

November

Industriepolitik

4. November: Der Ministerrat für Industriefragen erörtert die industriellen Aspekte von Mitteilungen der Kommission über das Fernmeldewesen und die Biotechnologie. Außerdem finden Aussprachen über das griechische Memorandum über eine neue Industriepolitik und über das Problem der innergemeinschaftlichen Konvergenz statt.

Energiepolitik

4. November: Der Ministerrat für Energiefragen erörtert die Rolle der Energiestrategie im Rahmen der Gesamtpolitik der Gemeinschaft sowie die Frage einer finanziellen Unterstützung zugunsten der Industrien, die feste Brennstoffe

erzeugen. Außerdem wird eine Unterstützung für Gemeinschaftsvorhaben im Bereich der Kohlenwasserstoffe beschlossen.

Soforthilfe Türkei

4. November: Die Kommission beschließt eine Soforthilfe von 500000 ECU (ca. 1,1 Mio. DMark) für die Erdbebenopfer in der Türkei.

Forschungspolitik

5. November: Der Ministerrat für Forschungsfragen setzt seine Beratungen über ein erstes europäisches Programm für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Informationstechnologie (ESPRIT) fort und diskutiert über das Forschungsprogramm 1984 – 1987 der gemeinschaftlichen Forschungsstelle.

Allgemeine Angelegenheiten

9. – 11. November: Auf einer Sondertagung beraten die Außen-, Finanz- und Landwirtschaftsminister aufgrund des Stuttgarter Mandats in Athen über die Finanzierung der Gemeinschaft, die Reform der Agrarpolitik und über neue Politiken der EG.

Agrarpolitik

14./15. November: Der Rat der Landwirtschaftsminister berät u.a. die Preise für Olivenöl, Maßnahmen zur Beschleunigung der Agrarentwicklung in bestimmten Gebieten Griechenlands und beschließt die Finanzierung gemeinsamer Agrarforschungsprogramme.

Entwicklungspolitik

14./15. November: In Hamburg tagt eine Konferenz EG – AKP.

Europäisches Parlament

14. – 18. November: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Das EP debattiert über die Sicherheit und die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa, über die Zukunft der Gemeinschaft, insbesondere die Reform der Gemeinschaftsfinanzierung, die Reform der Agrarpolitik und die Steigerung der Effizienz der Strukturfonds. Es verabschiedet eine Entschließung zur Unterstützung der Staaten, die gemäß dem Nato-Doppelbeschluß neue amerikanische Mittelstreckenwaffen aufstellen werden. Außerdem werden Entschließungen zur sofortigen Wiederaufnahme des Hilfsprogramms für Grenada und zur Erhöhung des MWSt-Einnahmeanteils der Gemeinschaft von 1% auf 1,4% beschlossen. Das EP verurteilt die einseitige Unabhängigkeitserklärung des türkischen Teils von Zypern.

EFTA

15. November: Anläßlich des 10. Jahrestages des zwischen der EG und den EFTA-Ländern geschlossenen Handelsabkommens treten Mitglieder des WSA und des Beratenden Ausschusses der EFTA zusammen. Zur Überwindung der derzeitigen Wirtschaftskrise halten die Teilnehmer eine bessere Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitiken für notwendig.

Entwicklungspolitik

15. November: Der Ministerrat für Entwicklungsfragen verabschiedet eine Entschließung mit Leitlinien für die Nahrungsmittelhilfe-Politik der Gemeinschaft, prüft den Stand der Durchführung von Nahrungsmittelstrategien in bestimmten Entwicklungsländern und erörtert die Leitlinien für das Programm zur Unterstützung der nichtassoziierten Entwicklungsländer für 1984.

Tourismus

20. November: Bei einem informellen Treffen beraten die Minister für Tourismusfragen eine gemeinsame Touristikpolitik.

Wirtschaftspolitik

22. November: In Anwesenheit des zuständigen Vizepräsidenten der Kommission wird die Anhörung des Beratenden Ausschusses EGKS zur Einsetzung und Höhe von Mindestpreisen für bestimmte Stahlerzeugnisse durchgeführt.

EPZ

22. November: Bei einem informellen Treffen beraten die Außenminister in Brüssel über Zypern, den Nahen Osten, die Ost-West-Beziehungen und die Abrüstung.

Haushaltspolitik

22. November: Der Rat der Minister für Haushaltsfragen trifft im Rahmen des Konzertierungsverfahrens mit einer Delegation des EP zusammen und prüft den Entwurf eines Gesamthaushaltsplans 1984 unter Berücksichtigung der vom Parlament in der 1. Lesung eingebrachten Änderungsanträge.

23. November: Der Rat für Haushaltsfragen lehnt bei seiner 2. Lesung des Haushaltsentwurfs für 1984 vor allem die vom Parlament vorgenommene Einstellung des Beitragsausgleichs in die Globalreserve des Gesamthaushalts ab.

Norwegen

23. November: Der norwegische Ministerpräsident Kaare Willoch stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und berät dort die Beziehungen zwischen Norwegen und der EG.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

23./24. November: Auf seiner 212. Plenartagung erarbeitet der Ausschuß eine erste vorläufige Stellungnahme zu den integrierten Mittelmeerprogrammen. Eine zweite vorläufige Stellungnahme beschäftigt sich mit der Erweiterung der EG und empfiehlt als endgültigen Erweiterungstermin den 1. Januar 1986. Der Ausschuß fordert eine Auflockerung des Einstimmigkeitsprinzips im Ministerrat. Er befürwortet den Entwurf einer Empfehlung zur Verkürzung und Neugestaltung der Arbeitszeit, den die Kommission dem Rat übermittelt hat.

Europarat

24. November: Auf der Tagung des Ministerkomitees des Europarates in Straßburg verurteilen die Minister gegen die Stimme der Türkei die einseitige Unabhängigkeitserklärung des türkischen Teils von Zypern als unrechtmäßig. Die Tagung schließt erstmals ohne Abschlußkommuniqué ab, da der türkische Delegierte die Aufnahme der Zypern-Resolution in das Kommuniqué verweigerte.

Rechnungshof

24. November: Der Europäische Rechnungshof genehmigt seinen Jahresbericht für das Jahr 1982. Dieser Bericht, dem die Antworten der Institutionen beigefügt sind, ist den für die Entlastung zuständigen Behörden und den anderen Institutionen übermittelt worden.

Binnenmarkt

25. November: Der Ministerrat für Binnenmarktfragen berät über Vereinfachungen der Formalitäten im innergemeinschaftlichen Handel, über die Freizügigkeit innerhalb der Gemeinschaft, über einheitliche Zolldokumente und die Beseitigung der technischen Handelshemmnisse.

Europäischer Rat

26. November: In Brüssel treffen sich christdemokratische Regierungschefs aus fünf Mitgliedsstaaten der EG zur Vorbereitung des Europäischen Rates in Athen.

Kulturpolitik

28. November: Erstmals seit Bestehen der EG kommen die Minister für Kulturfragen in Athen zu einem Treffen zusammen und beraten eine stärkere kulturelle Zusammenarbeit.

Entwicklungspolitik

28./29. November: In Paris findet eine Tagung des EP-Ausschusses für Entwicklungshilfe statt. Auf der Tagesordnung stehen vor allem die Aussichten und Probleme der öffentlichen Entwicklungshilfe, die Koordinierung zwischen den Gebern und die Rolle der Frau in der Entwicklungshilfe. Der Vertreter der Kommission erläutert das Konzept der Gemeinschaft für die Neuaushandlung des AKP-EWG-Abkommens.

Allgemeine Angelegenheiten

28./29. November: Auf einer Sondertagung zum Mandat von Stuttgart beraten die Außen-, Finanz- und Wirtschaftsminister über die Gemeinsame Agrarpolitik, die Finanzierung der Gemeinschaft und die Vorbereitung des Europäischen Rates in Athen.

Umweltschutzpolitik

28./29. November: Der Rat der Minister für Umweltfragen berät die Bekämpfung der durch Industrieanlagen verursachten Luftverunreinigung.

Außenbeziehungen, EPZ

29. November: Der Rat der Außenminister berät über den Beitritt Portugals zur EG, über die Lage in Zypern, über handelspolitische Maßnahmen im Anschluß an die Schlußfolgerungen der OECD-Ministertagung und die Erklärung von Williamsburg. Am Rande der Tagung kommen die Minister zu einem, informellen Treffen im Rahmen der EPZ zur Lage im Nahen Osten zusammen.

Dezember

Verkehrspolitik

1. Dezember: Der Ministerrat für Verkehrsfragen berät u.a. Gemeinschaftskontingente für den Güterkraftverkehr zwischen den Mitgliedstaaten und über Erleichterungen der Förmlichkeiten und der Kontrollen im Güterverkehr zwischen den Mitgliedstaaten.

Europäischer Rat

4. – 6. Dezember: Die Staats- und Regierungschefs der EG gehen auch nach dem Gipfeltreffen in Athen auseinander, ohne auch nur eines der großen Probleme der Gemeinschaft gelöst zu haben. Weder in der Frage der Agrarreform, noch in der Frage der Finanzierung der Gemeinschaft kann Einigkeit hergestellt werden. Es wird kein Abschlußkommuniqué und keine Erklärung im Rahmen der EPZ abgegeben.

Sozialpolitik

8. Dezember: Der Rat der Sozialminister verabschiedet eine Entschließung zur Förderung der Beschäftigung von Jugendlichen, über eine besondere Finanzhilfe für Griechenland im sozialen Bereich und berät eine Empfehlung zur Verkürzung und Umgestaltung der Arbeitszeit.

Wirtschaftspolitik

8./9. Dezember: Der Beratende Ausschuß der EGKS debattiert seinen Haushalt, prüft das Vorausschätzungsprogramm Stahl für das 1. Quartal 1984 und erörtert den Vorschlag der Kommission über die sozialen Aspekte der Modernisierung im Steinkohlenabbau. Außerdem wählt der Ausschuß gemäß den Bedingungen seiner Geschäftsordnung sein Büro und ernennt die Mitglieder und Vorsitzenden seiner Ausschüsse.

USA

9. Dezember: Eine amerikanische Ministerdelegation unter der Leitung von Außenminister George Shultz besucht die Kommission.

Verbraucherschutz

12. Dezember: Der Rat der Minister für Verbraucherschutzfragen gibt eine Erklärung über die Politik zum Schutz und zur Unterrichtung der Verbraucher ab und berät ein Gemeinschaftssystem für den raschen Informationsaustausch über Gefahren bei der Verwendung von Verbrauchsgütern.

Wirtschaft und Finanzen

12. Dezember: Der Rat der Finanz- und Wirtschaftsminister gibt seinen Jahresbericht über die wirtschaftliche Lage der Gemeinschaft und die Gemeinschaftsanleihen zur Unterstützung der Zahlungsbilanzen ab.

Agrarpolitik

12./13. Dezember: Der Rat der Landwirtschaftsminister berät u.a. die Revision der landwirtschaftlichen Strukturpolitik und die Änderung des Verzeichnisses der benachteiligten landwirtschaftlichen Gebiete in der Gemeinschaft.

Europäisches Parlament

12. – 16. Dezember: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Im Mittelpunkt der politischen Tätigkeit und der Debatten des EP steht die 2. Lesung des Haushaltsplans 1984. Das EP hebt dabei die Sperrung des Beitragsausgleiches für Großbritannien und die Bundesrepublik wieder auf. Für eine Globalablehnung des Etats 1984 findet sich keine Mehrheit. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Wertung des Athener Gipfeltreffens und die Bilanz der griechischen Präsidentschaft. Auch mit der Lage im Nahen Osten befaßt sich das EP ausführlich. Eine Delegation des Knesseth, Ibrahim Souss, der Vertreter der PLO in Frankreich, und König Hussein von Jordanien besuchen das EP.

Forschungspolitik

13. Dezember: Der Ministerrat für Forschungsfragen berät neue Informationstechnologien, das Forschungsprogramm der Gemeinsamen Forschungsstelle 1984 – 1987, die Erweiterung des Informatikprogramms 1979 – 1987 und über nichtnukleare Energie.

Haushaltspolitik

13. Dezember: Der Rat der Minister für Haushaltsfragen berät über den Entwurf des Gesamthaushaltsplans für 1984.

Wirtschaftspolitik

14. Dezember: Der Rat der Wirtschaftsminister berät über kurzfristige Maßnahmen im Stahlbereich.

Fischereipolitik

14. Dezember: Der Ministerrat für Fischereifragen berät über die Heringsfischerei und die Fangquoten für 1983 und 1984.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

14./15. Dezember: Auf seiner 213. Plenartagung verabschiedet der Ausschuß u.a. eine Stellungnahme zur Sicherheit von Spielzeug, zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen und zur Verwendung von Mietfahrzeugen im Güterkraftverkehr.

Umweltschutzpolitik

16. Dezember: Der Ministerrat für Umweltfragen berät u.a. den grenzüberschreitenden Verkehr gefährlicher Abfälle, gemeinschaftliche Umweltschutzmaßnahmen und die Bekämpfung der Luftverschmutzung durch Industrieanlagen.

Allgmeine Angelegenheiten

19. Dezember: Der Rat der Außenminister berät über den Status von Grönland, über den Beitritt Spaniens, über handelspolitische Maßnahmen im Anschluß an die Schlußfolgerungen der OECD-Tagung in Paris, über die Erklärung von Williamsburg und über das Haushaltsverfahren 1984.

Verkehrspolitik

20. Dezember: Der Ministerrat für Verkehrsfragen berät über Verkehrswege, über Gemeinschaftskontingente für den Güterkraftverkehr zwischen den Mitgliedstaaten, über die Einbeziehung Griechenlands in die erste Richtlinie, über Verhandlungen mit Österreich und über eine Entschließung zur gemeinsamen Verkehrspolitik.

Haushaltspolitik

20. Dezember: Der Präsident des Europäischen Parlaments, Pieter Dankert, stellt den Gesamthaushaltsplan für 1984 endgültig fest. Er umfaßt ein Gesamtvolumen von 25,4 Mrd. ECU (rd. 57,2 Mrd. DM) und weist eine Steigerungsrate gegenüber 1983 von effektiv 1,2 % auf. Unmittelbar nach der Haushaltsfeststellung durch das EP beschließt die Kommission, den Haushaltsplan auszuführen.